

Im Fokus

Entspannung an der Taiwan-Straße: ein Land, zwei Regionen

Detente in the Taiwan Straits: One Country, Two Regions

Hans-Wilm Schütte

Abstract

Within a very short time after Taiwan's Ma Ying-jeou took over the presidency, the impasse in relations with mainland China gave way to a new phase of dialogue that rapidly achieved concrete results, notably in terms of air links and tourism. Responsibility for this success lies not only with Ma but also – maybe even more so – with the leadership in Beijing under Hu Jintao, who shares Ma's basic policy of pragmatism and flexibility. Beijing has now even agreed to deal with Taipei on an equal basis according to the new approach of "one country, two regions", which replaces the old concept of "one country, two systems". Though more progress in terms of normalization and detente between the two sides is likely to be achieved in the near future, big problems remain to be solved, especially with regard to military security and disarmament.

Keywords: Taiwan, Ma Ying-jeou, Hu Jintao, cross-strait policy, cross-strait dialogue

Ma Ying-jeous neue Chinapolitik

Es war klar, dass es so nicht weitergehen konnte: Alle Versuche Präsident Chen Shui-bians, Taiwan gegenüber der Welt als unabhängigen Staat hinzustellen, waren gescheitert – die wiederholten Aufnahmeanträge bei der Weltgesundheitsorganisation WHO und bei der UNO waren abgelehnt worden, die Volksabstimmungen, in denen Taiwans Bürger gegenüber der Volksrepublik China und der Weltöffentlichkeit ihre Stimme erheben sollten, waren wegen mangelnder Teilnahme ungültig, und aus diesen wie aus anderen Gründen hatte das Volk die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) Chen Shui-bians nach acht Jahren wieder auf die Oppositionsbank geschickt. Sein Nachfolger Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), den die Wähler im März 2008 auf den Schild gehoben und vorab, bei den Parlamentswahlen im Januar 2008, bereits mit einer üppigen Machtbasis im Legislativ-Yuan

versehen hatten, hatte es insofern leicht, sich auch mit einer anderen Chinapolitik zu empfehlen.

Nach acht Jahren fruchtloser Beinahe-Stagnation unter Chen Shui-bian war die Zeit reif für eine flexiblere, pragmatische Politik gegenüber dem großen festländischen Nachbarn, und zwar umso mehr, als in Beijing selbst bereits ein Umdenkprozess in Richtung auf mehr Pragmatismus eingesetzt hatte, verkörpert und unterstützt durch Hu Jintao, der seit dem Jahr 2002 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und seit dem Jahr 2003 auch Staatspräsident ist.

Dessen Vorgänger Jiang Zemin hatte von Taiwan ersehnte Verhandlungen zur Lösung praktischer Probleme durch politische Vorbedingungen erschwert und später gedroht, man werde nicht ewig auf eine Lösung der Taiwan-Frage (im Sinne eines Anschlusses an die Volksrepublik) warten wollen. Hu führte diese Linie nicht fort, sondern verzichtete weise darauf, sich selbst derart unter Druck zu setzen; schließlich hätte jeder feste Zeitplan für eine Wiedervereinigung die eigene Politik in eine Zwickmühle führen können: entweder Taiwans Anschluss irgendwann gewaltsam, also durch militärische Mittel, herbeiführen zu müssen oder aber die eigene Glaubwürdigkeit zu lädieren, wenn man Termine, dem eigenen Zeitplan zuwider, immer weiter hinauschiebt. In diesem Rahmen war auch das Antisessionsgesetz zu sehen, das in Taiwan (und im Ausland) als Beleg für Chinas Aggressivität gewertet wurde, tatsächlich jedoch eher dazu diente, den eigenen Hardlinern der Jiang-Zemin-Linie rechtlich verbindliche Schranken zu setzen (Giese 2005; Schütte 2005b). Hinter dem Politikwechsel Beijings stand vor allem das Bestreben, im Interesse der eigenen Wirtschaftsentwicklung ein stabiles internationales Umfeld zu schaffen. Eine militärische Konfrontation konnte China nicht gebrauchen, und das Antisessionsgesetz versuchte hier, den eigenen Hardliner wie der taiwannationalistischen Regierung in Taibei eine klare Grenze zu setzen.

Diese Politik ergänzte Hu Jintao in geschickter Weise, indem er einen neuen Dialog mit der Kuomintang (KMT) initiierte, und zwar auf Parteiebene zwischen der KPCh und der KMT (Schütte 2005a). Bereits Ende April 2005, gut einen Monat nach Verabschiedung des Antisessionsgesetzes, begrüßte Hu in Beijing Lien Chan (Lian Zhan), den damaligen KMT-Vorsitzenden. Damit war ein funktionierender Gesprächskanal geschaffen worden, auf den Ma nach seinem Wahlsieg nun mit dem Ziel zurückgreifen konnte, den eigentlichen, im Jahr 1992 begonnenen, unterhalb der politischen Ebene angesiedelten Dialog wiederzubeleben, für den

in den Jahren 1990 bzw. 1991 zwei halbstaatliche Organisationen gegründet worden waren: die taiwanische Straits Exchange Foundation (Haixia Jiaoliu Jijin Hui, SEF) und die VR-chinesische Association for Relations Across the Taiwan Straits (Haixia Liang'an Guanxi Xiehui, ARATS). Deren Dialog war im Jahr 1999 von Beijing abgebrochen worden, nachdem Präsident Lee seine Auffassung verkündet hatte, die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland seien solche (wenn auch besondere) zwischen zwei Staaten. Hu verzichtete nun darauf, einen expliziten Widerruf der einst von Lee vertretenen These zur Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Dialogs zu machen. Ma kam dem mit einer eigenen Deutung des Verhältnisses Taiwan-China entgegen – mehr dazu siehe unten.

Kernpunkt des Dialogs war (und ist) der sogenannte Konsens aus dem Jahr 1992, wonach es nur ein China gibt (und nicht zwei Chinas oder ein China und ein Taiwan). Ob es einen solchen Konsens überhaupt gab und wenn ja, wie er eigentlich zu verstehen sei, war jedoch umstritten; jedenfalls bestand die VR-chinesische Seite im Sinne ihres Alleinvertretungsanspruchs lange Zeit darauf, dass das eine China eben die Volksrepublik China sei, während auf taiwanischer Seite gesagt wurde, beide Seiten seien sich seit dem Jahr 1992 darüber im Klaren gewesen, dass dieses eine China von beiden Seiten unterschiedlich gedeutet wird, und Taiwan (die „Republik China“) sei nun einmal nicht Teil der Volksrepublik China. In einer Mitteilung an den US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush, von der die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua am 27. März 2008 berichtete, soll Hu Jintao nunmehr jedoch zugestanden haben, dass es zur Bedeutung des „einen China“ unterschiedliche Auffassungen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße gebe (Ching 2008). Das Datum dieser Mitteilung ist signifikant: Sechs Tage nach der Präsidentschaftswahl schwenkte Hu mit dieser wesentlichen Konzession auf die taiwanische Linie (wie die KMT sie vertritt) ein und kam damit den Bestrebungen des Wahlsiegers Ma Ying-jeou entgegen, politische Streitfragen einstweilen auszuklammern und beiden Seiten zu ermöglichen, Fortschritte auf der Basis praktischer Fragen zu erzielen.

Die von Ma formulierten kurz- und mittelfristigen Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Taiwan möchte durch eine Liberalisierung der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen aus der Isolation herauskommen und wirtschaftlich stärker vom Festland profitieren;
- Taiwan möchte durch eine Verstetigung des halboffiziellen Dialogs einen Prozess der Vertrauensbildung in Gang setzen;

- Taiwan möchte von Beijing, dass ihm ein internationaler Handlungsspielraum eingeräumt wird;
- Taiwan möchte auf dem Weg einer militärischen Vertrauensbildung eine Abrüstung an der Taiwan-Straße und einen Friedensvertrag mit dem Festland erreichen.

Im Hinblick auf diese Ziele, die passenden politischen Schritte zu formulieren, war jedoch nicht leicht. Schon das über Jahre aufgehäufte Misstrauen wirkte hemmend. Dies betraf aus Beijinger Sicht auch Ma persönlich, der sich immer wieder stark chinakritisch geäußert und beispielsweise erklärt hatte, ehe zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße ein offizieller Dialog (im Unterschied zum jetzigen halboffiziellen Dialog zwischen der ARATS und der SEF) aufgenommen werden könne, müsse die Gegenseite ihre über 1.000 gegen Taiwan gerichteten Raketen abbauen. Überhaupt hatte Beijing Probleme damit, die Mechanismen von Taiwans Demokratie zu akzeptieren mit all den Unwägbarkeiten, die einem demokratischen System und dessen Offenheit für Machtwechsel nun einmal anhaften. Für die taiwanische Seite ist die Formulierung einer pragmatischen Politik auch durch die folgenden Punkte erschwert und belastet:

- Protokoll- und Souveränitätsfragen: Beijing erkennt Taiwan nicht als souveränen Staat an, Taiwan jedoch will Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe führen. Beijing duldet auch keine Symbole der taiwanischen „Republik China“, gibt Taiwan dem jedoch nach, kann dies als Eingeständnis mangelnder staatlicher Souveränität ausgelegt werden.
- Sicherheitsfragen: Die vom Festland ausgehende militärische Bedrohung von Taiwans Sicherheit führt nicht nur zu einer Ungleichheit der Verhandlungsgrundlagen, sondern auch zu zusätzlichen Sicherheitsproblemen beim erstrebten Aufbau direkter Verkehrsverbindungen. Unternimmt Taiwan die nötigen Verteidigungsanstrengungen, um der wachsenden Bedrohung durch eine immer modernere Rüstung des Gegners zu begegnen, wirkt dies wiederum den Entspannungsbemühungen entgegen.
- Wirtschafts- und Strukturfragen: Auch wenn Wirtschaftsexperten seit Langem betonen, eine Liberalisierung der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sei überfällig und in Taiwans Interesse, sind negative Auswirkungen nicht auszuschließen. Dazu zählen mögliche Einkommensverluste bei bestimmten Branchen bzw. Berufsgruppen (z.B. Landwirte), aber auch die Gefahr einer zu starken Abhängigkeit vom Festland.

- Politische Fragen: Eine neue Linie in der Chinapolitik muss in der Bevölkerung vermittelt werden, soll nicht die Opposition daraus wachsenden Nutzen ziehen. Dieser Punkt gewann im Herbst 2008, just zu der Zeit, als der Dialog wieder in Gang kam, unerwartete Brisanz durch den Melaminskandal: Melaminhaltige und damit gesundheitsschädliche Nahrungsmittel aus VR-chinesischer Produktion waren auch in Taiwan auf den Markt gelangt; die Opposition sah sich dadurch in ihren Warnungen vor einer weiteren Marktöffnung bestätigt.

Ma Ansatz hatte in seiner Antrittsrede als Präsident eine politische Leitformel bestätigt, mit der er schon in den Wahlkampf gezogen war: die Politik der „drei Nein“, nämlich nein zur Wiedervereinigung (d.h. zu Verhandlungen darüber während seiner Amtszeit), nein zur Unabhängigkeit (d.h. zu einer formellen Unabhängigkeitserklärung Taiwans unter seiner Ägide) und nein zur Waffengewalt (d.h. zur Bedrohung Taiwans durch festlandchinesisches Militär und speziell durch gegen Taiwan gerichtete Raketen). Ma legte sich damit klar auf eine Beibehaltung des Status quo fest, wie er auch von der großen Mehrheit der Taiwaner befürwortet wird. Die Chinapolitik, die er auf dieser Grundposition aufbaute, sollte auf folgende Punkte zielen:

- Der halboffizielle Dialog zwischen der SEF und der ARATS ist wiederzubeleben, um auf diese Weise die einstweilen nicht lösbaren Protokollfragen zu umgehen. Um dies zu ermöglichen, erkennt Taiwan den Konsens aus dem Jahr 1992 an, wonach es nur ein China gibt (bei Fortbestehen unterschiedlicher Deutungen dieses einen China).
- Diskutiert wird zunächst nur über praktische Fragen, vor allem für beide Seiten nützliche Verbesserungen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzbeziehungen. Alles andere bleibt bis auf Weiteres ausgeklammert. (Ausgelöst durch den Melaminskandal kamen noch Verhandlungen über Probleme der Nahrungsmittelkontrolle hinzu.)
- Beide Seiten kommen stillschweigend überein, einander nicht mehr unter Einsatz gewaltiger Finanzmittel Verbündete abzuwerben, sondern akzeptieren auch diplomatisch den Status quo.
- Da eine wechselseitige Anerkennung nicht ohne Weiteres möglich ist, folgen beide Seiten dem – von Ma so formulierten – Grundsatz des „Nicht-einander-Leugnens“ (*hu bu fouren*).

Nachdem Ma dieser Linie seit nunmehr einem halben Jahr folgt, lässt sich sagen, dass sie sich im Sinne einer Entspannung und einer Weiterentwicklung

der gegenseitigen Beziehungen als förderlich erwiesen hat; zudem wird immer deutlicher, dass die Gegenseite nicht nur wesentliche Elemente von Mas Linie übernommen hat, sondern auch Taiwans Probleme wahrzunehmen bereit ist. Ma ist es jedoch bisher nicht gelungen, die Opposition von seiner Linie zu überzeugen. Die DPP forderte unter Präsident Chen zwar selbst einen Dialog mit Beijing und die jetzige Parteichefin Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) war als Ministerin sogar dafür verantwortlich gewesen, doch nach der doppelten Wahlschlappe von Januar und März 2008 hört man von der DPP nur noch Warnungen vor einer zu großen und raschen Annäherung ans Festland, ja viele ihrer Anhänger sind überzeugt, dass Ma begonnen hat, Taiwan an die VR China zu verschachern. Laut Meinungsumfragen wird der neue Dialogprozess jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.

Stadien und vorläufige Ergebnisse des Entspannungsprozesses

Dass die VR China sich die mit dem Machtwechsel hin zu einer KMT-geführten Regierung bietende Chance nutzen würde, kündigte sich bereits vor Ma Ying-jeous Amtsantritt an, und zwar Mitte April 2008 auf einem Wirtschaftsforum, auf dem Taiwans designierter Vizepräsident Vincent Siew (Xiao Wanchang) und Hu Jintao einander begegneten und für 20 Minuten miteinander sprachen (Snyder 2008). Hu ließ Siew damals unter anderem Grüße an Ma Ying-jeou ausrichten, also an den kommenden Präsidenten eines von ihm offiziell nicht anerkannten Staates. Zudem formulierten beide Seiten auf diesem Treffen Ziele ihrer China- bzw. Taiwanpolitik, die sich im Kern gleichen. Für die taiwanische Seite lautet die Maxime: „Sich der Wirklichkeit stellen, den Weg in eine neue Zukunft bahnen, Streitpunkte ausklammern und beidseitige Vorteile anstreben“ (*zhengshi xianshi, kaichuang weilai, gezhi zhengyi, zhuiqiu shuangying*). Hu Jintao formulierte: „Auf beiden Seiten Vertrauen bilden, Streitpunkte ausklammern, trotz bestehender Unterschiede nach Gemeinsamkeiten suchen und zusammen beidseitige Vorteile realisieren“ (*jianli huxin, gezhi zhengyi, qiu tong cun yi, gong chuang shuangying*) (Ching 2008). Damit war erstmals seit dem Jahr 1949 (wenn man will, sogar erstmals seit dem Bruch der ersten Einheitsfront zwischen beiden Parteien im Jahr 1927) eine gemeinsame Sprache gefunden. Wohl nichts drückt den beiderseitigen Verständigungswillen so klar aus wie diese zwei, jeweils sechzehn chinesische Zeichen langen Formeln, die sich nicht widersprechen, sondern sich eher ergänzen und nur in Akzentsetzungen unterscheiden. Die im Folgenden referierten Entspannungsschritte bestätigen, dass beide Seiten trotz

bestehender Differenzen eine Verständigungsgrundlage schufen, auf der eine Weiterentwicklung der Beziehungen im Sinne der beiden Formeln erfolgte und weiterhin erfolgen kann.

Der nächste Schritt folgte am 26. Mai 2008, nur sechs Tage nach Mas Amtsantritt, als der KMT-Vorsitzende Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) mit einer 16-köpfigen Delegation nach China reiste. Er traf dort am 28. Mai mit Hu Jintao zu einem einstündigen Gespräch zusammen. Dabei sprach Wu die Ziele von Taiwans neuer Chinapolitik an und fand dafür bei Hu offenbar Verständnis. Dieser gab Wu seine grundsätzliche Zustimmung zu den von Taiwan gewünschten regelmäßigen Wochenend-Charterflügen bekannt und willigte ein, dass chinesische Touristen gestattet werde, Taiwan zu besuchen. Zudem stellte Hu in Aussicht, dass in Zukunft auch über Taiwans Teilnahme an internationalen Organisationen wie der WHO verhandelt werden könne (*Taipei Times* 2008a; Ong 2008a).

Vor allem aber bereitete das Treffen zwischen den Parteichefs den Boden für die Wiederaufnahme von hochrangigen Konsultationen im Rahmen des halboffiziellen Dialogs zwischen der ARATS und der SEF. Bereits am 29. Mai 2008, nur einen Tag nach dem Treffen der Parteiführer, kündigte der SEF-Vorsitzende Chiang Pin-kung (Jiang Bingkun) an, zu dem Zweck mit einer Delegation nach Beijing zu fliegen und dort vom 11. bis 14. Juni 2008 Verhandlungen zu führen (Ong 2008b). Die Regierung hatte die SEF zuvor autorisiert, über Passagier- und Frachtcharterflüge zwischen beiden Seiten und über festlandchinesischen Taiwantourismus zu verhandeln, sowie die politischen Grundsätze formuliert, die bei diesen und folgenden Gesprächen zu beachten waren (MAC 2008a).

Dieses Treffen, das erste seit dem Jahr 1998 zwischen den Vorsitzenden beider Organisationen, führte dank entsprechender Vorgespräche, die schon in der Chen-Shui-bian-Ära begonnen hatten, wegen dessen Politik jedoch abgebrochen worden waren, rasch und umstandslos zu einem Übereinkommen in allen fürs Erste angestrebten Punkten:

- Seit dem 4. Juli 2008 finden regelmäßige Wochenend-Charterflüge (von Freitag bis Montag) zwischen dem Festland und Taiwan statt. Für den Verkehr freigegeben sind acht taiwanische und zunächst fünf festländische Ziele mit der Option, nach Marktlage weitere festländische Ziele zu bedienen. Von jeder Seite aus finden 18 Hin- und Rückflüge statt. Als Passagiere sind alle zugelassen, die über gültige Reisedokumente verfügen (MAC 2008b).
- Beginnend mit dem 18. Juli 2008 wird Touristen vom Festland der Besuch Taiwans ermöglicht. Dabei gilt eine Quote von maximal 3.000 Personen

pro Tag. Die Reisen finden ausschließlich – von der Einreise bis zur Ausreise – als Gruppenreisen mit je 10 bis 40 Teilnehmern statt; die maximale Aufenthaltsdauer beträt zehn Tage (MAC 2008c).

Hinsichtlich der Flugrouten gab es einstweilen keine Änderungen, das heißt, dass weiterhin durch Hongkonger Luftraum zu fliegen war, doch wurden Verhandlungen über direkte Routen vereinbart. Für zukünftige Gespräche aufgespart blieben auch Vereinbarungen über direkten Frachtverkehr. Tatsächlich trafen die ersten festländischen Taiwantouristen dann nicht erst am 18. Juli, sondern mit Beginn der Wochenendflüge am 4. Juli ein (Shan 2008).

Aufsehen erregten Pressemeldungen, wonach beide Seiten Verbindungsbüros auf dem jeweils anderen Territorium einzurichten beschlossen, obwohl dies nicht auf der Agenda gestanden habe (*Taipei Times* 2008b). Die deutschen *Nachrichten für Außenhandel* machten daraus gar eine Schlagzeile und meldeten, „China und Taiwan“ hätten sich „auf Einrichtung von Visa-Büros verständigt“ (*Nachrichten für Außenhandel* 2008). Es wurde jedoch kein entsprechender Beschluss veröffentlicht und schon gar nicht ging es hier um staatliche Einrichtungen. Man einigte sich lediglich darauf, die Einrichtung von Verbindungsbüros der halboffiziellen Organisationen ARATS und SEF anzustreben und zu prüfen. SEF-Chef Chiang erklärte nach dem Treffen, dass die Eröffnung solcher Büros möglicherweise noch in größerer Ferne liege (Ong 2008c). Anfang November 2008 waren jedenfalls schon Büros tätig, die die Gründung der avisierten Verbindungsbüros vorbereiteten (Ko & Mo 2008).

Vereinbart wurde auch ein Folgetreffen zwischen dem SEF-Vorsitzenden Chiang und seinem festländischen Gegenüber Chen Yunlin, und zwar in Taipei. Dies löste auf taiwanischer Seite sogleich Kopferbrechen wegen der Protokollfragen aus, denn da Chiang in Beijing mit Hu Jintao zusammengetroffen war, müsste nun im Sinne der Gleichrangigkeit Chen Yunlin auch Präsident Ma treffen – den die festländische Seite jedoch nicht anerkennt und nicht als Präsident titulieren würde (Mo 2008a).

Der nächste kleine Entspannungsschritt folgte eine Woche darauf: Am 20. Juni 2008 wurde der „kleine Grenzverkehr“, also die Schiffsverbindungen zwischen den von Taiwan verwalteten Inseln Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu) einerseits und dem Festland andererseits, für alle Reisenden mit entsprechenden Dokumenten (Pass, Visum) freigegeben, also auch für zwischen Taiwan und dem Festland reisende Bürger von Drittstaaten. Dies war ein von Taiwan einseitig vollzogener Annäherungsschritt (Ko 2008b).

Wieder eine Woche später kam die nächste Erleichterung: Im Hinblick auf die zu erwartenden Touristen beschloss das Kabinett in Taipei, den Tausch von festländischen Devisen (CNY) in Taiwan zuzulassen (Shih 2008b). Gleichzeitig beschloss es Maßnahmen zur Liberalisierung des Wertpapierhandels mit Hongkong und zwar im Hinblick auf das Ziel, die Taibeier Börse indirekt auch festländischem Kapital zu öffnen (Shih 2008c).

Zum 1. August 2008 wurden die Beschränkungen für Kapitalinvestitionen taiwanischer Firmen auf dem Festland weiter gelockert (Shih 2008d).

Ein Taiwanbesuch des stellvertretenden ARATS-Vorsitzenden Zhang Ming-qing vom 19. bis 22. Oktober 2008 entwickelte sich jedoch ungünstig. Obwohl Zhang nicht zu offiziellen Gesprächen mit der Partnerorganisation SEF angereist war, sondern als Teilnehmer eines wissenschaftlichen Symposiums, wurde die Veranstaltung von taiwannationalistischen Protestlern gestört und bei einem Besuch des Konfuziustempels von Tainan wurde Zhang körperlich angegriffen und zu Boden gestoßen (Ko & Chang 2008; Ko, Chuang & Wang 2008). Zhang reiste daraufhin zwei Tage früher als geplant ab. Gleichwohl führte dieser Vorfall zu keiner erkennbaren Störung der beiderseitigen Entspannungsbemühungen – ein Indiz für den unbedingten Willen beider Seiten (hier besonders der festländischen), sich bei der Fortführung des Dialogs nicht beirren zu lassen.

Dessen vorläufiger Höhepunkt wurde Anfang November 2008 erreicht, als in Gestalt von Chen Yunlin erstmals ein ARATS-Vorsitzender auf die Insel kam. Sein Besuch dauerte vom 3. bis 7. November. Aufgrund der zeitlichen Überschneidung mit den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika fand er in den internationalen Medien nicht die Aufmerksamkeit, die er verdient hätte. Drei Punkte sind besonders bemerkenswert:

- Chen Yunlin und sein SEF-Kollege Chiang Pin-kung unterzeichneten vier Abkommen zum Luft- und Seeverkehr, zu Postdiensten und zur Nahrungsmittelkontrolle (siehe unten);
- Chen Yunlin traf mit amtierenden taiwanischen Politikern zusammen, namentlich mit Ministerin Lai Shin-yuan (Lai Xingyuan) und mit Präsident Ma Ying-jeou;
- teils gewalttätige, lang anhaltende Proteste von Taiwannationalisten beeinträchtigten das Besuchsprogramm und machten den festländischen Gästen klar, welche massiven Ängste Teile der taiwanischen Bevölkerung gegenüber der VR China und ihrer Politik empfindet und welchen weiten Weg die Entspannungspolitik beider Seiten noch zurückzulegen haben, wenn sie diese

Ängste abbauen wollen.

Die am 4. November 2008 unterzeichneten Abkommen

- Luftverkehr: Die Charterflüge, bisher nur freitags bis montags angeboten, gibt es in Zukunft täglich, dabei steigt die Zahl der Hin- und Rückflüge von bislang 36 auf 108 pro Woche. Die Zahl der auf dem Festland angeflogenen Flughäfen erhöht sich von zuletzt 16 auf dann 21. Bei Flügen zu Zielen in Mittel- und Nordchina (z.B. Shanghai, Beijing) muss nicht mehr über Hongkonger Luftraum geflogen werden; vielmehr wird eine neue, nördliche Route zu einer erheblichen Verkürzung der Reisedauer führen (Ko 2008).
- Seeverkehr: Reedereien von beiden Seiten können ihre Schiffe in Zukunft ebenfalls auf direkter Route über die Taiwan-Straße fahren lassen. Bisher mussten Schiffe, die zwischen Taiwan und dem Festland verkehrten, einen Umweg über Japan machen. Auf taiwanischer Seite werden 11, auf festländischer Seite 63 Häfen für direkte Schiffsverbindungen geöffnet (Ko 2008).
- Postverkehr: Es werden direkte Postdienste für Briefe und Pakete diverser Versendungsformen sowie für Geldüberweisungen eingerichtet bzw. ausgebaut (*China Daily* 2008).
- Nahrungsmittel: Beide Seiten werden die jeweils andere in Zukunft unverzüglich informieren, wenn Probleme mit kontaminierten Nahrungsmitteln, Seuchen etc. auftreten und es wurde ein entsprechender Kontakt- und für Streitfälle ein Schlichtungsmechanismus festgelegt.

Die letztgenannte Vereinbarung trat sieben Tage nach Unterzeichnung in Kraft, die anderen nach 40 Tagen, um auf diese Weise dem Parlament Gelegenheit zu geben, die Abkommen zu prüfen und gegebenenfalls neu verhandeln zu lassen.

Festgelegt wurden zudem die Themen für den weiteren Dialogprozess. Es wird darin um gemeinsame Verbrechens-, Seuchenbekämpfung und -prävention, Finanzaufsicht, Normalisierung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Fischerei und den Austausch auf den Gebieten der Kultur, der Erziehung und der Medien gehen. Auch eine Umwandlung der Charterflüge in reguläre Linienflüge und weitere Erleichterungen für chinesische Taiwantouristen sind im Gespräch; unter anderem wünscht die festländische Seite, dass die Mindestteilnehmerzahl für eine Reisegruppe von bisher zehn auf fünf gesenkt werde (Ko 2008; *China Daily* 2008). Interessanter noch dürften die ebenfalls angekündigten Verhandlungen über Taiwans Teilnahme an der WHO werden. Der stellvertretende ARATS-Vorsitzende Zheng Lizhong erklärte dazu in Taipei:

Wir verstehen die Reaktion der Taiwaner bei diesem Thema [...] Wir haben zugestimmt, eine Teilnahme Taiwans an der WHO vorrangig zu diskutieren, und ich glaube, dass wir eine Lösung finden werden. (Ko & Mo 2008)

Schon die bisher erreichten Vereinbarungen laufen auf eine weitgehende Normalisierung der Verkehrs- und Handelsbeziehungen hinaus, zumindest, was die technische Seite angeht. Da beide Seiten zudem entschlossen sind, die günstige Lage zu nutzen, ist auch für die folgenden Gesprächsthemen eine rasche Einigung zu erwarten, zumindest was Fragen technischer Natur angeht. Ob und wann man sich auch in Dingen einigt, die Taiwans internationalen Spielraum und seinen Status gegenüber Drittstaaten betreffen – Stichwort: WHO –, wird abzuwarten sein. Die obigen Äußerungen eines ARATS-Vertreter gegenüber der taiwanischen Presse wären jedoch kaum denkbar, wenn man sich in Beijing um für Taiwan annehmbare Kompromissvorschläge nicht wenigstens ernsthaft Gedanken gemacht hätte – mehr dazu unten unter „Außenpolitik“.

Chen Yunlins Treffen mit taiwanischen Politikern

Dass ein hochrangiger Vertreter der Volksrepublik China in Taiwan mit amtierenden Politikern zusammentrifft, wäre noch ein halbes Jahr zuvor kaum denkbar gewesen. Nun war es so weit, ganz gemäß dem von Präsident Ma kreierte Leitsatz, dass man einander nicht leugnen sollte, wenn es schon nicht möglich ist, einander anzuerkennen.

Dieses Nichtleugnen ohne Anerkennung wurde bei beiden Begegnungen streng durchexerziert: Chen verzichtete darauf, seine Gesprächspartner mit ihren Amtstiteln anzusprechen – wie es gerade im chinesischen Sprachgebrauch üblich wäre und der Höflichkeit entspräche –, andererseits nahm die taiwanische Seite dieses ungewöhnliche Verhalten hin, da die Treffen sonst gar nicht hätten stattfinden können. Aus demselben Grund wurden neutrale Orte und keine Amtsgebäude für die Begegnungen gewählt.

Das erste Treffen war gewiss das inhaltlich wichtigere, obwohl es in den Medien weniger beachtet wurde: Chen Yunlin traf sich mit der Vorsitzenden des Rats für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC), Lai Shin-yuan. Lai hat Ministerrang. Chen nannte sie „die in Taiwan für Festlandsfragen Verantwortliche“ (Ko & Mo 2008). Das Gespräch fand hinter verschlossenen Türen statt. Der MAC veröffentlichte lediglich eine Zusammenfassung dessen, was die Vorsitzende Lai ihrem Gast und seiner Delegation mitteilte. Interessant ist,

dass es – laut MAC-Bericht – zu tatsächlichen Diskussionen kam und es nicht beim Austausch von Statements blieb (MAC 2008d). Das Treffen ist umso bemerkenswerter, als Lai Shin-yuan noch bis Mitte Oktober 2008 Mitglied der unabhängigkeitsorientierten Union für Taiwan-Solidarität (TSU) war. Ihre von Ma Ying-jeou unterstützte Berufung war daher in der KMT auf teils heftige Ablehnung gestoßen (*Taipei Times* 2008c; Schütte 2008:187). Chen Yunlin sah in diesem Hintergrund seiner Gesprächspartnerin offenbar kein Hindernis, und dies wohl umso weniger, als die festländische Seite bei den Unabhängigkeitsbefürwortern mittlerweile offen um Sympathie wirbt und ihnen sagt, sie seien willkommen, China zu besuchen, um das Festland besser verstehen zu lernen. In diesem Sinne äußerte sich beispielsweise der ARATS-Vize Zheng Lizhong gegenüber der Presse (Ko & Mo 2008).

Im Gegensatz zu Chens Treffen mit der MAC-Vorsitzenden wurde sein Besuch bei Präsident Ma am 6. November 2008 vollständig im Fernsehen übertragen. Der Besuchstermin war sehr kurzfristig von 16.30 Uhr auf 11 Uhr vorgezogen worden, um zu vermeiden, dass Demonstranten den Treffpunkt belagern. Überraschend war dann die Kürze des Treffens: fünf Minuten statt zunächst angesetzten 40 Minuten, offenbar ebenfalls wegen der Probleme mit den Demonstranten. Die Frage, wie Chen seinen Gastgeber titulieren sollte, beantwortete sich dahingehend, dass er ihn überhaupt nicht ansprach, sondern ihn nur mit einem „Guten Tag“ begrüßte; später überreichte er ihm mit ein paar Worten eine Tuschkmalerei, die ein galoppierendes Pferd darstellt – in Anspielung auf den Familiennamen des Präsidenten, der „Pferd“ bedeutet. Die meiste Zeit füllte Ma mit einer kurzen Ansprache (Ko 2008c).

Erwartungsgemäß musste Ma von der Opposition dafür, dass er sich nicht mit „Präsident“ anreden ließ, heftige Kritik gefallen lassen. Allerdings reden KMT-Politiker Staatspräsident Hu Jintao auch nicht mit diesem Titel an, sondern nennen ihn „Vorsitzender“ im Hinblick auf seine Position in der KPCh. Viel interessanter ist aber die Tatsache, dass Chen Präsident Ma überhaupt seine Reverenz erwies, schließlich liegt schon in dem Besuch als solchem, der ja nicht einem beliebigen Bürger galt, ein Anerkenntnis der tatsächlichen Funktion von Ma Ying-jeou; zudem drückte sich darin aus, dass die festländische Seite Taiwans Wunsch respektiert, mit ihr auf gleicher Augenhöhe zu sprechen: Da der SEF-Vorsitzende in Beijing mit Hu zusammengetroffen war, war nun Entsprechendes in Taibei fällig.

Reaktionen und Meinungsumfragen

Die Öffentlichkeit beurteilte den Besuch des ARATS-Vorsitzenden schon zwei Wochen vorher positiv. Bei einer von der Regierung veranlassten Meinungsumfrage glaubten 50 Prozent der Befragten, dass der Besuch der weiteren Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Festland nützen werde. 51 Prozent meinten, der Besuch werde auf Seiten des Festlands zu einem besseres Verständnis von Taiwans Demokratie beitragen, und 47 Prozent sahen als Folge des Besuchs eine Lockerung der militärischen und diplomatischen Konfrontation voraus. Dagegen befürchteten nur 22 Prozent der Befragten, der Besuch werde Taiwans Souveränität mindern. Hinsichtlich damals bereits angekündigter Protestdemonstrationen erklärten nur 27 Prozent, sie zu unterstützen; 60 Prozent verurteilten die Protestpläne (Shih 2008a).

In einer vom 5. bis 8. November 2008 durchgeführten Umfrage – also im Zeitraum von Chen Yunlins Anwesenheit bis kurz nach seiner Abreise – wurde sein Besuch noch deutlich optimistischer beurteilt. 68 Prozent der Befragten zeigten sich überzeugt, dass die Verhandlungen Probleme in den beiderseitigen Beziehungen lösen halfen; über 75 Prozent erklärten, sie unterstützten die Fortführung solcher Gespräche und die vier im Zuge des Treffens geschlossenen Vereinbarungen wurden gar von fast 80 Prozent der Befragten positiv bewertet. 60 Prozent glaubten, dass sich die Abkommen günstig auf die Wirtschaft auswirken werden, und 67 Prozent fanden, dass Taiwans Würde nicht unter dem Besuch gelitten habe (Ko 2008a).

Ganz im Gegensatz zu dieser positiven Grundstimmung stand, was die Hauptstadt und ihre festländischen Gäste bei deren Aufenthalt erlebten. Tagelang belagerten Demonstranten die Hotels, in denen sich die ARATS-Delegation aufhielt oder in die sie zu Banketten eingeladen wurde. Am Abend des 5. November 2008 blockierten so viele Demonstranten ein Hotel, in dem Chen Yunlin zu Ehren ein Bankett gegeben wurde, dass er stundenlang dort eingeschlossen war und erst nach zwei Uhr nachts in sein Hotel zurückfahren konnte (*Taipei Times* 2008d). Mehrfach kam es zu gewalttätigen Krawallen und Zusammenstößen mit der Polizei. Immer wieder versuchten Aktivisten, die taiwanische Flagge in den Gesichtskreis der Delegation zu bringen. Andere dekorierten die Absperrgitter der Polizei mit gelben Bändern, auf denen auf Englisch und Chinesisch zu lesen war: „Mein Land ist Taiwan“ (Mo 2008b).

Das Maß an Hass und Leidenschaft, das einen Teil der Demonstranten motivierte, kam für viele überraschend. Dass die Proteste nicht friedlich bleiben würden, war jedoch schon vorher klar. Eine Organisation von Unabhängigkeitsbefürwortern feuerte die Krawallmacher sogar mit Geldpreisen an: Wer es schaffe, Chen Yunlin mit einem Ei zu treffen, sollte 1.000 NTD erhalten, und wer ihm ins Gesicht schlug, 10.000 NTD (Mo, Chang & Chuang 2008). Eier jedoch waren noch die harmlosesten Wurfgeschosse. Gefährlicher waren Wasserflaschen und Ziegelsteine. Während die ARATS-Delegation unversehrt blieb, hatten andere weniger Glück. Die taiwanische Journalistenvereinigung beklagte, dass etliche Reporter von Wurfgeschossen verletzt worden seien (Loa 2008).

Chen Yunlin und seine Delegation waren trotz der heftigen Proteste, die ihnen nicht verborgen blieben und sogar ihre Nachtruhe störten, fest entschlossen, sich die gute Grundstimmung nicht verderben zu lassen. Trotz reichlicher Anlässe dazu blieb daher ein diplomatischer Eklat aus.

Für Ma Ying-jeou allerdings bleibt jenes Viertel der Bevölkerung, die in der Annäherung einen Ausverkauf taiwanischer Interessen sehen, ein Problem. Die Anhänger der DPP und anderer taiwanorientierter Parteien kritisieren vor allem, dass für den Dialog vermieden wird, die Symbole taiwanischer Souveränität zu zeigen. So wurde beispielsweise auf das Aufhängen von Flaggen verzichtet – und Ma verzichtete darauf, als Präsident angedredet zu werden.

Außenpolitik: „diplomatischer Waffenstillstand“

Ein Hauptanliegen Taiwans ist von jeher, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch international wahrgenommen zu werden. Die Zahl der Staaten, die die „Republik China“ anerkennen, geht jedoch mit geringfügigen Schwankungen immer mehr zurück und liegt derzeit bei 23. Keiner von ihnen ist politisch oder wirtschaftlich von größerer Bedeutung. Wichtiger als diese Verbündeten ist für Taiwan ein Status bei internationalen Organisationen. Vor allem geht es seit Jahren um die Weltgesundheitsorganisation, bei der Taiwan wenigstens einen Beobachterstatus erreichen möchte. Auch Freihandelsabkommen mit asiatischen Staaten stehen ganz oben auf der Wunschliste. Zu Ma Ying-jeous erklärten Zielen gehört daher, dass Beijing seinem Land international mehr Spielraum gewährt.

Um dies zu erreichen, kürte Ma im Mai das Schlagwort vom „diplomatischen Waffenstillstand“. Gemeint war: Beijing und Taipei sollen in einem stillschweigenden Übereinkommen davon absehen, einander Verbündete abspenstig zu machen, und so auch vermeiden, dass Staaten sie gegeneinander ausspielen, um sich die

Loyalität oder den Wechsel durch hohe Finanzhilfen abkaufen zu lassen. Ein Ende dieser „Dollardiplomatie“ käme, so Mas Überlegung, auch Beijing zupass (Goh 2008). Beijing könnte auf diese Weise zudem in einem für Taiwan äußerst wichtigen Punkt seinen Entspannungswillen dokumentieren. Ma erklärte eine positive Reaktion Beijings auf sein außenpolitisches Stillhalteangebot Ende August 2008 zum eigentlichen Prüfstein der Entspannungsbemühungen (Ko 2008d).

Im Zuge der rasch aufeinander folgenden Entspannungsschritte gewann die Konzeption eines solchen heimlichen Stillhalteabkommens zunehmend an Relevanz, da die bessere Atmosphäre zwischen beiden Seiten die Hoffnung auf mehr Flexibilität auch in dieser für Beijing heiklen Frage nährte. Heikel ist sie insofern, als sie Beijings Alleinvertretungsanspruch tangiert, denn zu wie viel freundlichem Entgegenkommen in praktischen Dingen Beijing im bilateralen Rahmen – im Binnenverhältnis zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße – auch bereit sein mag, würde zu viel Großzügigkeit auf internationalem Parkett doch die Gültigkeit der Ein-China-Doktrin gefährden.

Nachdem Beijing auf Taiwans Wunsch nach mehr Spielraum auf der internationalen Bühne mehrfach mit der Äußerung reagierte, darüber ließe sich sprechen, gibt es inzwischen auch mehr oder weniger eindeutige Indizien für eine gewandelte Praxis. Der am häufigsten zitierte Anhaltspunkt ist die Tatsache, dass Paraguay, Taiwans größter Verbündeter, bisher nicht die Seiten wechselte, obwohl dies angekündigt worden war. Wahlen hatten nämlich im April 2008 Fernando Lugo an die Macht gebracht, der mehrfach davon gesprochen hatte, im Falle seines Wahlsieges Beijing anerkennen zu wollen, da Parlament und Gesellschaft diesen Schritt verlangten. Dann aber, wenige Tage vor seinem Amtsantritt am 15. August, zu dem auch Präsident Ma Ying-jeou nach Asunción eingeladen worden war, machte Lugo einen Rückzieher und erklärte, es werde bei Paraguays Bindung an Taiwan bleiben (Shih 2008e, 2008f).

Mitte Oktober 2008 schließlich erklärte KMT-Generalsekretär Wu Den-yih (Wu Dunyi), China habe dem „Waffenstillstand“ zugestimmt; es werde keine Dollardiplomatie und kein Tauziehen um Alliierte mehr geben und „ein Land in Lateinamerika“, offenbar Paraguay, sei aufgrund einer chinesischen Entscheidung bereits vom Seitenwechsel abgehalten worden (Shih 2008g).

Die neue (alte) Formel: „Ein Land, zwei Regionen“

In welchem Verhältnis stehen Taiwan und die VR China zueinander? Lee Teng-hui hatte im Jahr 1999 von zwischenstaatlichen Beziehungen gesprochen und sich

dabei auf eine Verfassungsänderung des Jahres 1991 berufen, mit der Taiwan das Ziel einer Rückeroberung des Festlandes aufgegeben hatte. In Beijing dagegen galt Taiwan als abtrünnige Provinz unter der Herrschaft staatsrechtlich illegaler „Autoritäten“.

Beide Sichtweisen passen nicht mehr in die neue Entspannungsphase, aber was ersetzt sie? In einem am 3. September 2008 veröffentlichten Interview mit einer mexikanischen Zeitung gab Ma Ying-jeou seine neue Antwort auf diese Frage, als er sagte: „Für uns ist die Beziehung zwischen beiden Seiten [der Taiwan-Straße] im Grunde keine solche zwischen zwei Chinas, sondern eine spezielle Beziehung“ (Ko 2008e). Die „spezielle Beziehung“ näher zu erläutern, oblag später dem Sprecher des Präsidentenbüros, der darauf hinwies, dass in der Verfassung vom „Verhältnis zwischen den Menschen der Taiwanregion und der Festlandsregion“ die Rede sei. Dieses Verhältnis zwischen den Regionen sei nun einmal nicht zwischenstaatlicher Art. Dies festzustellen setze Taiwan auch nicht herab (wie Kritiker behauptet hatten), denn Taiwan sei laut Verfassung keine Lokalregierung, die einer festländischen Zentralregierung unterstünde, vielmehr herrsche zwischen beiden Regionen Gleichheit, da beide ihre eigenen „regierenden Autoritäten“ hätten (ebenda; Ko, Shih, Wang & Lu 2008).

Die Unabhängigkeitsbefürworter sahen sich durch Mas neue These einmal mehr in ihrer Überzeugung bestätigt, dass der Präsident Taiwan zu einem Anschluss an China führe. Er habe mit einem Federstrich beinahe zehn Jahre Fortschritt unter Lee Teng-hui und Chen Shui-bian beseitigt, befand die *Taipei Times* in einem Kommentar (*Taipei Times* 2008e). Dieselbe Zeitung hatte jedoch schon acht Jahre zuvor in dem aufschlussreichen Gastbeitrag eines Politikprofessors etwas ganz anderes gedruckt: Lee Teng-huis These von den zwei chinesischen Staaten stütze sich nicht auf die Verfassung. Dieser zufolge seien die Beziehungen zwischen den Seiten der Taiwan-Straße einzig als „ein Land, zwei Regionen“ zu beschreiben (Kuo 2000).

In der Tat schlug Ma mit seiner Ablehnung von Lee Teng-huis Zwei-Staaten-These und deren Ersetzung durch die Auffassung eines aus zwei Regionen bestehenden China gleich vier Fliegen mit einer Klappe: Erstens stellte er sich klar auf den Boden der Verfassung, zweitens eröffnete er sich selbst wie auch der Gegenseite mit einer vage gehaltenen Formel den für eine Annäherung nötigen Gestaltungsspielraum, drittens erwies er der Beijing so heiligen Ein-China-Doktrin die Ehre, ohne sich dabei der Beijinger Interpretation zu beugen, und viertens lieferte er ein beinahe attraktives Gegenmodell zu dem für Taiwan nicht akzep-

tablen Ein-China-Schlagwort der Gegenseite: „ein Land, zwei Systeme“. Wie unten dargelegt, fiel der Zwei-Regionen-Samen in Beijing alsbald auf fruchtbaren Boden.

Umdenken in Beijing zwischen gestern und übermorgen

Dass das Umdenken in Beijing bereits Jahre vor dem Amtsantritt Ma Ying-jeous einsetzte, wurde eingangs bereits skizziert. Zum Tragen kam der neue Pragmatismus jedoch erst jetzt. Dass die neue Linie funktioniert, hängt freilich damit zusammen, dass sie die Eindeutigkeit der bisherigen Position aufgibt. Erst ihre Vagheit ermöglicht die notwendige Flexibilität. Dies ist allerdings schwer vermittelbar und manch einer bleibt denn doch lieber bei den altbewährten Feindbildern.

Nicht nur Taiwans Oppositionspartei DPP und ihre Anhänger lieferten in den Monaten seit Mas Amtsantritt hierfür jede Menge Beispiele. Auch der ARATS-Vize Zhang Mingqing hatte die neue Linie bei seinem Taiwan-Besuch vom 19. bis 22. Oktober 2008 noch nicht verinnerlicht oder sah sie überhaupt als verfehlt an. Befragt, ob er Präsident Ma darin zustimme, dass es innerhalb der nächsten vier Jahre zu keinem militärischen Konflikt zwischen den Seiten der Taiwan-Straße kommen werde, erklärte er, „es wird keinen Krieg geben, wenn es keine Unabhängigkeit Taiwans gibt“. Die Opposition erkannte darin die bislang übliche, verhüllte Kriegsdrohung wieder. Man darf fragen, was Zhang mit dieser Äußerung wohl bezweckt haben mag. Schließlich kann ihm nicht entgangen sein, dass es im Mai 2008 einen Regierungswechsel gab und der neue Präsident eine Politik verfolgt, die mit einer – von ihm auch definitiv ausgeschlossenen – Unabhängigkeitserklärung gar nicht kompatibel wäre. Jedenfalls lieferte Zhang Taiwans Unabhängigkeitsbefürwortern einen willkommenen Beleg für deren Behauptung, dass Ma eine naive Chinapolitik verfolge und die Gegenseite seine Avancen gar nicht würdige (Lai 2008).

Erneut bestätigt sah sich die Opposition, als ein Sprecher des Beijinger Außenministeriums auf einer Pressekonferenz am 21. November 2008 einen ausländischen Journalisten zurechtwies, der in einer Frage von „Präsident Ma“ gesprochen hatte: Es gebe nur ein China in der Welt und er solle seine Worte mit mehr Bedacht wählen. Taiwans Vizeaußenminister wies die Bemerkung zurück und betonte: „Die Republik China ist eine souveräne, unabhängige Nation und der Präsident des Landes muss [...] jederzeit mit seinem offiziellen Titel genannt werden“ (Jenny W. Hsu 2008).

Der Fall legt die Vermutung nahe, dass man in Beijing im Zuge der neuen Entspannungslinie klar differenzieren möchte: Die neue Flexibilität gegenüber Taiwan bedeutet keineswegs, dass sich an der nach außen – gegenüber Dritten – vertretenen Sprachregelung, was die Ein-China-Doktrin anbelangt, irgendetwas ändert.

Eine ähnliche Zweigleisigkeit (oder Widersprüchlichkeit) findet sich auch in der VR-chinesischen Berichterstattung zum Besuch des ARATS-Vorsitzenden Chen Yunlin in Taipei. Während die englischsprachigen Medien wie die *China Daily* und die englische *People's Daily* in ihren Onlineausgaben über das fünfminütige Treffen zwischen Präsident Ma und dem ARATS-Vorsitzenden Chen relativ ausführlich berichteten und mit einem bzw. zwei Farbfotos illustrierten (Xing 2008; *People's Daily Online* 2008), findet sich in der chinesischen Papierausgabe der *Renmin Ribao* lediglich eine dürre Dreizeilenmeldung auf Seite 4. Über die anderen Phasen und Ergebnisse des Besuchs von Chen Yunlin wurde dagegen ausführlicher berichtet, wenn auch ebenfalls auf Seite 4 (*Renmin Ribao* 2008).

Die Berichterstattung der *China Daily* verdient auch insofern Beachtung, als sie Ma Ying-jeou wörtlich (in Übersetzung) zitierte, und dies sogar mit einer implizit chinakritischen Äußerung: „We can't deny that there still are differences and challenges, especially regarding Taiwan's security and international status“. Hier durfte der des Englischen kundige chinesische Leser also aus einem parteigelenkten Presseorgan erfahren, dass der „Inselführer“ (wörtlich: *island leader*) seine Insel für militärisch bedroht und diplomatisch unwürdig behandelt ansieht (Xing 2008).

Ma mit seinem Titel „Präsident“ (chinesisch: *zongtong*, englisch: *president*) zu benennen, kam für die VR-chinesischen Medien freilich nicht in Frage. Immerhin erschien der ersatzweise verwendete Begriff „Führer“ (chinesisch: *lingdaoren*, englisch: *leader*) ohne Anführungsstriche.

Die Differenzen in der Berichterstattung zeigen, dass die neue Entspannungslinie noch nicht zu definitiven neuen Sprachregelungen geführt hat; dahinter stehen vermutlich auch Differenzen in der Staats- und Parteiführung. Das Interessanteste daran ist ein überraschend großer, neuer Diskussionsspielraum im akademischen Bereich. Wie weit sich dort das Nachdenken über eine zukunftsorientierte, pragmatische Taiwanpolitik von den Interventionsdrohungen der Vor-Ma-Ära bereits entfernt hat, zeigt vor allem ein Beitrag von Yang Lixian, der stellvertretenden Leiterin der Gesamtchinesischen Gesellschaft für Taiwanforschung, einer in Beijing ansässigen staatlichen Organisation.

Der bemerkenswerte Aufsatz, der im Septemberheft der Zeitschrift *Zhongguo Pinglun* erschien, lässt ein überraschend ernsthaftes Eingehen auf taiwanische Wünsche, Ängste und Befindlichkeiten sowie eine Übernahme taiwanischer Positionen erkennen (Yang 2008). Die Autorin konzidiert, dass sich die KMT und Ma Ying-jeou bei ihrer Rückkehr zum Konsens aus dem Jahr 1992 vor dem Vorwurf hüten müssen, sie verkauften Taiwan ans Festland. Aus diesem Grunde müsse man in Taiwan bei einer unterschiedlichen Auffassung des Konsenses aus dem Jahr 1992 bleiben. Dies sei der taiwanischen Seite zugestehen, denn nur so lasse sich gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Yang kommt dann auf die von Ma Ying-jeou wiederbelebte Formel „Ein Land, zwei Regionen“ zu sprechen, der sie bescheinigt, pragmatisch und ziemlich neutral zu sein; zugleich gewähre sie durch ihre Vagheit beiden Seiten genügend Spielraum. Taiwan und das Festland seien der Formel gemäß füreinander nicht Ausland, erklärten die jeweilige Gegenseite aber auch nicht zum eigenen Herrschaftsgebiet.

Auch hinsichtlich Taiwans Wunsch nach einem Ende der außenpolitischen Konfrontation schwenkt die Autorin auf Mas Linie ein und unterstützt einen „diplomatischen Waffenstillstand“. Ein darauf verpflichtetes Taiwan würde auch nicht mehr das Festland durch Aufnahmeanträge bei der UNO und anderen Organisationen, deren Mitgliedschaft Staatlichkeit voraussetzt, herausfordern. Umgekehrt könnte Taiwan die Mitgliedschaft in anderen „aufgabenbezogenen“ Organisationen zugestanden werden, „beispielsweise in der WHO“. Auch solle Taiwan erlaubt werden, in den mit dem Festland verbündeten Staaten „Arbeitsorganisationen“ einzurichten – gemeint sind hier vermutlich die vielfach bereits existierenden Taibei-Vertretungen.

Ein weiteres kritisches Thema, das die Autorin anschnidet, ist das der militärischen Konfrontation. Auch hier argumentiert sie stark im Sinne Taiwans: Ein Prozess militärischer Vertrauensbildung sei in Gang zu bringen, auf das In-Stellung-Bringen weiterer Waffen sei zu verzichten und die bereits in Stellung gebrachten seien nach und nach wieder abzubauen, gegen die andere Seite gerichtete Manöver seien zu reduzieren und schließlich seien wechselseitige Benachrichtigungs- und Konsultationsmechanismen aufzubauen. Was sich wie eine neutrale Formulierung liest, betrifft tatsächlich in erster Linie die festländische Seite, die gegen Taiwan in den letzten Jahren massiv aufgerüstet hat, um ihre Kriegsdrohung im Falle einer Unabhängigkeitserklärung auch wahr machen zu können.

Für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen dem Festland und Taiwan werden nach Yangs Ansicht noch zwanzig bis dreißig Jahre nötig sein. In dieser Zeit werde auch das Verständnis füreinander wachsen. Auf eine entsprechend lange Übergangsphase habe man sich einzustellen, ehe der nicht auf ewig aufrechtzuerhaltende Status quo beendet werden könne. Eine Unabhängigkeit Taiwans komme freilich nicht in Frage, denn sie würde die innertaiwanischen Konflikte nicht grundsätzlich lösen. Auch in Deutschland habe es von der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages bis zur Wiedervereinigung rund zwei Jahrzehnte gedauert.

Auch wenn Yang Lixian hier keine Darstellung der offiziellen politischen Linie formuliert hat, ist doch unübersehbar, dass sie der Taiwanpolitik einen Weg weist, dessen Anfang bereits beschritten wird. Das Erstaunliche daran ist, dass dieser Weg weitgehend demjenigen gleicht, den Ma Ying-jeou mit seiner neuen Chinapolitik eingeschlagen hat. Die alte Formel: „ein Land, zwei Systeme“, von vier Fünfteln der taiwanischen Bevölkerung abgelehnt, wird von Yang nicht einmal mehr erwähnt. Ein Indiz für die Weite des neuen Diskussionsspielraumes in Sachen Taiwanpolitik ist auch, dass Yang das deutsche Beispiel anführt. Sie stellt es zwar nicht als Vorbild für einen eventuellen chinesisch-taiwanischen Wiedervereinigungsprozess hin, doch ist schon die Tatsache bemerkenswert, dass dieses Beispiel überhaupt zur Sprache kommt, schließlich hatten die deutschen Staaten einander als souveräne Staaten anerkannt, auch wenn die DDR für die BRD nicht als Ausland galt. Entsprechend lehnte Beijing das deutsche Modell bislang komplett ab. Wenn nun, wie Yangs Artikel andeutet, eine Diskussion darüber zugelassen wird, könnte das deutsche Beispiel Beijing mindestens zu mehr Flexibilität ermutigen, was Taiwans außenpolitische Präsenz angeht. Es müsste ja nicht gleich auf eine UNO-Mitgliedschaft Taiwans hinauslaufen.

Erfolge und Gefahren

Die plötzliche Entspannung an der Taiwan-Straße ist nichts weniger als sensationell; bestünden nicht noch die Waffenarsenale fort, möchte man geradezu vom Implodieren eines jahrzehntealten Krisenherdes sprechen. Während nach außen hin die Grundpositionen beibehalten werden – Beijings Alleinvertretungsanspruch, Taiwans Eigenstaatlichkeit etc. –, entwickelt sich zwischen beiden Seiten ein davon sich loslösendes Binnenverhältnis, in dem diese Grundpositionen gegenüber neuen, genuin pragmatischen Ansätzen zurücktreten. Erstaunlich ist vor allem, dass es gelungen ist, innerhalb dieses Binnenverhältnisses eine

gemeinsame Sprache zu finden und sich schrittweise auf erreichbare, konkrete Ziele sowie die dafür nötigen Entspannungsschritte zu einigen.

Vor allem hat man sich in Beijing bewegt – allerdings hatte man es dort auch am nötigsten. Endlich wird dort begriffen, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan nicht von der Bösartigkeit einiger Separatisten herrühren, sondern mit Ängsten, Erfahrungen und Hoffnungen in der Bevölkerung zusammenhängen, die ernst genommen werden wollen. Es mag sein, dass die Ära Chen Shui-bian Beijing hierfür eine gute Lektion lieferte. Jetzt jedenfalls erkennen beide Seiten, dass sich ihnen ein historisches Fenster der Verständigung und Annäherung öffnet, das einstweilen vier Jahre – bis zu den nächsten Wahlen in Taiwan – offen bleiben wird, und entsprechend fest sind beide Seiten entschlossen, diese Chancen zu nutzen.

Auch wenn die Gegner einer Annäherung in Taiwan derzeit in der Minderheit sind, muss die Entspannungspolitik für Taiwans Bürger rasch zu greifbaren Erfolgen und spürbaren Verbesserungen führen. Ma Ying-jeou nämlich hat seine Wähler bisher schwer enttäuscht, hatte er doch im Wahlkampf viel zu vollmundig einen grandiosen neuen Wirtschaftsaufschwung versprochen, der nun – auch aufgrund der Weltfinanzkrise – auf absehbare Zeit ein Wunschtraum bleiben wird. In Meinungsumfragen erreichen Ma und seine Regierung daher derzeit nur noch klägliche Zustimmungswerte. Mitte Oktober 2008 erklärten 67,6 Prozent der Taiwaner, sie seien mit Mas Leistung seit seinem Amtsantritt nicht zufrieden. Selbst unter Anhängern des „blauen“ Lagers aus KMT und ihrer Ableger lag die Quote der Unzufriedenen noch bei 47,5 Prozent (*Taipei Times* 2008f). Vor diesem Hintergrund glänzen die oben zitierten Zustimmungswerte, die Ma für seine Entspannungspolitik erhielt, noch stärker.

Der wirtschaftliche Ertrag des Tauwetters blieb für Taiwan jedoch bislang weit hinter den Erwartungen zurück. Dies betrifft vor allem Einnahmen aus dem Tourismus: Statt der erhofften und erlaubten 3.000 festlandchinesischen Gäste pro Tag kamen beispielsweise im gesamten Monat Juli nur 4.476 und im August 7.096 auf die Insel (Huang 2008). Mit der Ausweitung der Direktflüge, der Vereinfachung von Prozeduren etc. wird die Zahl der chinesischen Taiwan-touristen zwar demnächst noch steigen, ob jedoch allein sie im kommenden Jahr für ein 0,4 bis 0,45 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum sorgen werden, wie das Statistik- und Rechnungsamt glaubt, bleibt abzuwarten (Crystal Hsu 2008). Gleichwohl zählt die Intensivierung der Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsbeziehungen mit dem Festland zu den wichtigsten Faktoren, auf die die

Regierung ihre Hoffnung auf ein besseres Wirtschaftswachstum gründen kann. Die bislang beschlossenen Maßnahmen sind jedoch nur ein Anfang und werden erst dann voll zum Tragen kommen, wenn auch die Finanzbeziehungen ausgebaut und weiter liberalisiert worden sind.

Taiwans Unabhängigkeitsbefürworter werden sich auch weiter dagegen sperren, Mas pragmatische Politik angemessen zu würdigen. Das könnte sich jedoch ändern, wenn Beijing Taiwan tatsächlich mehr internationalen Spielraum zugeht, wobei Opposition wie Regierungspartei einen Beobachtungsstatus bei der WHO als Nagelprobe ansehen werden. Anders herum gewendet: In diesem Punkt hat Beijing die Chance, gegenüber den Taiwannationalisten zu punkten und sie von ihrer derzeitigen Totalopposition ein wenig abzubringen.

Deren Demonstrationen gegen Chen Yunlins Besuch mögen der taiwanischen Sache durchaus hilfreich gewesen sein, führten sie den festländischen Besuchern doch ein leidenschaftliches taiwanisches Selbstbewusstsein vor Augen und machten klar, dass hier eine gänzlich andere Situation herrscht als beim Anschluss von Hongkong oder Macau, dessen Muster („ein Land, zwei Systeme“) Beijing in der Vergangenheit auch auf Taiwan hatte anwenden wollen.

Während es Taiwans Regierung weiterhin recht leicht fallen dürfte, auf ihrer Entspannungslinie fortzufahren, bestehen in Beijing die größeren Probleme. Erstens: Wird es gelingen, ohne Glaubwürdigkeitsverlust das begonnene Doppelspiel weiter zu führen, das darin besteht, im Binnenverhältnis mit Taiwan die Inselrepublik als gleichrangig zu behandeln und das eigene Staatswesen sowie das taiwanische als Teile des einen China zu sehen statt wie bisher Taiwan als abtrünnigen Teil der VR China, im Außenverhältnis aber den Alleinvertretungsanspruch aufrechtzuerhalten, also doch wieder zu implizieren, Taiwan sei ein noch nicht ganz angegliederter Teil Chinas?

Diese Frage werden sich auch viele in Beijing stellen, die mit Hu Jintaos weicher Linie nicht einverstanden sind, vor allem aber solche im Militär. Sie werden auch zweifeln, ob Ma Ying-jeous Entgegenkommen von Dauer sein wird. Allerdings scheint der Entspannungsprozess bereits jetzt so viel an Eigendynamik zu besitzen, dass sich die Skeptiker irgendwann fragen lassen müssen, ob sie sich weiteren Schritten wirklich entgegenstellen wollen. Dies betrifft vor allem die Abrüstung. Die über 1.000 auf Taiwan gerichteten Raketen und die weiteren, raschen Fortschritte bei der Entwicklung und Anschaffung immer schlagkräftiger und exakterer Waffensysteme stellen in der Tat das wohl größte Hindernis auf dem Spannungspfad dar. Ma Ying-jeou hat sich darauf festgelegt, diese

Bedrohung nicht auf Dauer hinzunehmen, sondern sie in einem späteren Stadium zum Gegenstand von Verhandlungen machen zu wollen. Dann wird sich zeigen, ob Hu Jintao stark genug sein wird, die Armeeführung auf seine Linie zu bringen. Da Hu auch Vorsitzender der Militärkommission ist, verfügt er in dem Punkt allerdings über mehr Macht als nur die seiner Argumente.

Das Abrüstungsthema ist allerdings außerordentlich komplex. Wie viel an Verteidigungsanstrengungen kann China Taiwan zugestehen? Wie viel und wie moderne Waffentechnik kann Taiwan von den USA importieren, ohne die eigene Entspannungspolitik zu konterkarieren? Derzeit sind diese Fragen vom Dialog ausgeklammert und werden es wohl noch eine Weile bleiben können, aber wie lange noch? Die lösbaren Probleme vorzuziehen läuft darauf hinaus, dass am Ende nur noch unlösbar übrig bleiben. Die Hoffnung besteht, dass, was heute unlösbar ist, im Zuge des Annäherungsprozesses lösbar werden wird. Die militärische Vertrauensbildung wird dabei das schwierigste Stück auf dem Weg zu einem Friedensabkommen werden, das beide Seiten anstreben wollen. Ma Ying-jeou hofft, dieses Ziel noch innerhalb seiner jetzigen Amtszeit zu erreichen. Trotz des derzeitigen Enthusiasmus, der den rasch voranschreitenden Entspannungsprozess beflügelt, scheint Mas Optimismus in diesem Punkt denn doch etwas verwegen. Aber wer weiß, ob den staunenden Beobachter der Taiwan-Straße nicht noch mehr positive Überraschungen erwarten.

Literatur

- China Daily* (2008), „ARATS, SEF sign agreements on direct air, shipping, mail“, 4. November. Online: www.chinadaily.com.cn/china/2008-11/04/content_7173397.htm (Aufruf: 20.11.2008)
- Ching, Cheong (2008), „Ma's calming influence“, in: *The Straits Times*, 22. Mai. Online: www.asiaone.com/News/The%2BStraits%2BTimes/Story/A1Story20080522-66335.html (Aufruf: 26.05.2008)
- Giese, Karsten (2005), „Das Antisessionsgesetz – viel Lärm um nichts und einiges zerschlagenes Porzellan“, in: *China aktuell*, Nr.2, S.3-7
- Goh, Sui Noi (2008), „Taiwan's Chequebook Diplomacy. Costly exercise in every way“, in: *The Straits Times*, 10. Mai. Online: http://straitstimes.asia1.com.sg/Review/Others/STIStory_235769.html (Aufruf: 14.05.2008)
- Hsu, Crystal (2008), „DGBAS lowers its GDP predictions“, in: *Taipei Times*, 23. August. Online: www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/08/23/2003421222 (Aufruf: 13.11.2008)

- Hsu, Jenny W. (2008), „MOFA slams PRC spokesman for Ma status comments“, in: *Taipei Times*, 22. November. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/11/22/2003429250 (Aufruf: 22.11.2008)
- Huang, Wei-Chu (2008), „Cross-strait budget questioned“, in: *Taipei Times*, 12. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/10/12/2003425647 (Aufruf: 17.11.2008)
- Ko, Ellen (2008), „Landmark cross-strait deals signed“, in: *Taiwan Journal*, Vol.25, Nr.45, 14. November, S.1
- Ko, Shu-ling (2008a), „Poll claims high support for cross-strait mechanism“, in: *Taipei Times*, 10. November. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/10/29/2003428182 (Aufruf: 13.11.2008)
- (2008b), „Government opens up the ‘small three links’ to China“, in: *Taipei Times*, 20. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/06/20/2003415229 (Aufruf: 14.11.2008)
- (2008c), „Opposition pans Ma over brief rescheduled meeting“, in: *Taipei Times*, 7. November. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/11/07/2003428015 (Aufruf: 19.11.2008)
- (2008d), „PRC must accept Taiwan’s peace offer, or else: Ma“, in: *Taipei Times*, 27. August. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/08/27/2003421524 (Aufruf: 13.11.2008)
- (2008e), „‘State to state’ theory is dead, Ma says“, in: *Taipei Times*, 4. September. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/09/04/2003422244 (Aufruf: 13.11.2008)
- Ko, Shu-ling & Richard Chang (2008), „PRC official receives ‘special welcome’“, in: *Taipei Times*, 21. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/10/21/2003426506 (Aufruf: 17.11.2008)
- Ko, Shu-ling, Jimmy Chuang & Flora Wang (2008), „ARATS man jostled, jeered at in Tainan“, in: *Taipei Times*, 22. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/10/22/2003426598 (Aufruf: 17.11.2008)
- Ko, Shu-ling & Yan-chieh Mo (2008), „Chen and Chiang sign four agreements“, in: *Taipei Times*, 5. November. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/11/05/2003427809 (Aufruf: 19.11.2008)
- Ko, Shu-ling, Hsiu-chuan Shih, Flora Wang & Meggie Lu (2008), „Presidential Office defends Ma“, in: *Taipei Times*, 5. September. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/09/05/2003422339 (Aufruf: 13.11.2008)
- Kuo, Julian (2000), „Living in the real world, not Utopia“, in: *Taipei Times*,

16. Mai. Online: www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2000/05/16/36225 (Aufruf: 18.11.2008)
- Lai, I-chung (2008), „A three-pronged confidence crisis“, in: *Taipei Times*, 2. November. Online: www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2008/11/02/2003427620 (Aufruf: 17.11.2008)
- Loa, Lok-sin (2008), „Journalists' association condemns acts of violence by police and demonstrators“, in: *Taipei Times*, 8. November. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/11/08/2003428030 (Aufruf: 09.11.2008)
- MAC siehe Mainland Affairs Council
- Mainland Affairs Council (2008a), *The ROC Government's Policy on Promoting Cross-strait Negotiations in the Current Phase*. Online: www.mac.gov.tw/english/english/macpolicy/970610e.htm (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008b), *Full Text of SEF-ARATS Minutes of Talks on Cross-Strait Charter Flights*. Online: www.mac.gov.tw/english/english/csdialog/970613b.pdf (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008c), *Full Text of Cross-Strait Agreement Signed Between SEF and ARATS Concerning Mainland Tourists Traveling to Taiwan*. Online: www.mac.gov.tw/english/english/csdialog/970613a.pdf (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008d), *Lai Shin-yuan: Hoping that the Mainland will seize the current favorable opportunity to jointly advance cross-strait relations*, 4. November. Online: www.mac.gov.tw/english/english/news/08087.htm (Aufruf: 21.11.2008)
- Mo, Yan-chih (2008a), „KMT questions Ma status if ARATS chief visits“, in: *Taipei Times*, 15. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/06/15/2003414796 (Aufruf: 17.11.2008)
- (2008b), „Chen hounded by protesters“, in: *Taipei Times*, 6. November. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/11/06/20034278690 (Aufruf: 09.11.2008)
- Mo, Yan-chih, Rich Chang & Jimmy Chuang (2008), „SEF releases itinerary for ARATS trip“, in: *Taipei Times*, 2. November. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/11/02/2003427558 (Aufruf: 17.11.2008)
- Nachrichten für Außenhandel* (2008), „Beijing und Taipeh einigen sich auf Einrichtung von Visa-Büros“, 13. Juni, S.7
- Ong, Hwee Hwee (2008a), „Meeting of KMT, CCP chiefs marks turning point“, in: *The Straits Times*, 29. Mai. Online: www.straitstimes.com/Free/Story/STISStory_242027.html (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008b), „Breakthrough cross-strait talks on June 11“, in: *The Straits Times*,

30. Mai. Online: www.straitstimes.com/Free/Story/STIStory_242327.html (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008c), „Agreements mark new chapter in relations“, in: *The Straits Times*, 14. Juni. Online: http://app.mfa.gov.sg/pr/read_content.asp?View,10352, (Aufruf: 20.11.2008)
- People's Daily Online* (2008), „Taiwan leader Ma Ying-jeou meets ARATS chief“, 6. November. Online: <http://english.people.com.cn/90001/90776/90785/6528616.html> (Aufruf: 19.11.2008)
- Renmin Ribao* (Volkszeitung) (2008), Ausgaben vom 6.-7. November
- Schütte, Hans-Wilm (2008), „Taiwan vollendet den Machtwechsel“, in: *China aktuell – Journal of Current Chinese Affairs*, Nr.2, S.178-196
- (2005a), „Taiwans Opposition auf Chinareise – Entspannung in Sicht?“, in: *China aktuell*, Nr.3, S.17-24
- (2005b): „Taiwans Reaktionen auf das Antisepzessionsgesetz“, in: *China aktuell*, Nr.2, S.8-10
- Shan, Shelley (2008), „Excitement greets start of direct flights“, in: *Taipei Times*, 5. Juli. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/07/05/2003416592 (Aufruf: 17.11.2008)
- Shih, Hsiu-chuan (2008a), „Government survey shows support for visit by Chen“, in: *Taipei Times*, 29. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/10/29/2003427212 (Aufruf: 17.11.2008)
- (2008b), „Government gives nod to direct exchanges of yuan“, in: *Taipei Times*, 27. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/06/27/2003415868 (Aufruf: 17.11.2008)
- (2008c), „Cross-strait securities bill approved“, in: *Taipei Times*, 27. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/06/27/2003415881 (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008d), „Cabinet approves easing cap to 60%“, in: *Taipei Times*, 18. Juli. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/07/18/2003417760 (Aufruf: 21.11.2008)
- (2008e), „Lugo says Paraguay to maintain ties“, in: *Taipei Times*, 15. August. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/08/15/2003420429 (Aufruf: 09.11.2008)
- (2008f), „Ma touts ‘diplomatic truce’ strategy“, in: *Taipei Times*, 16. August. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/08/16/2003420493 (Aufruf: 13.11.2008)

- (2008g), „Diplomatic truce' splits academics“, in: *Taipei Times*, 16. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/10/16/2003426062 (Aufruf: 17.11.2008)
- Snyder, Charles (2008), „Siew and Hu meet at forum in Hainan“, in: *Taipei Times*, 13. April. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/04/13/2003409146 (Aufruf: 17.11.2008)
- Taipei Times* (2008a), „KMT, CCP bosses meet in Beijing“, 29. Mai. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/05/29/2003413240 (Aufruf: 15.11.2008)
- (2008b), „Deal sealed on liaison offices, charter flights“, 13. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/06/13/2003414655 (Aufruf: 16.11.2008)
- (2008c), „Lai withdraws from TSU“, 14. Juni. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/10/14/2003425821 (Aufruf: 22.11.2008)
- (2008d), „Chen blockaded in hotel for hours“, 7. November. Online: www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/11/07/2003427943 (Aufruf: 22.11.2008)
- (2008e), „Doublespeak hides Ma's agenda“, 5. September. Online: www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2008/09/05/2003422323 (Aufruf: 18.11.2008)
- (2008f), „Ma disapproval rating now above 65 percent: survey“, 23. Oktober. Online: www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/10/23/2003426689 (Aufruf: 17.11.2008)
- Xing, Zhigang (2008), „Top envoy meets Taiwan leader“, in: *China Daily*, 7. November. Online: www.chinadaily.net/cndy/2008-11/07/content_7182223.htm (Aufruf: 19.11.2008)
- Yang, Lixian (2008), „Liang an guanxi heping fazhan de qianti yu lujing“ (Voraussetzungen und Wege für eine friedliche Entwicklung der Beziehungen über die Taiwan-Straße), in: *Zhongguo Pinglun* (China Review), Nr. 129, September. Online: <http://cn.chinareviewnews.com/doc/1007/5/5/0/100755078.html?co-luid=0&kindid=0&docid=100755078> (Aufruf: 18.11.2008)